

Übersetzung aus dem Russischen

Rede des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR,  
A. A. Gromyko, auf der Tagung des Komitees der Minister für  
Auswärtige Angelegenheiten der Teilnehmer des Warschauer Ver-  
trages am 1. 12. 1981 in Bukarest

---

Verehrte Genossen!

Gestatten Sie mir zunächst, den rumänischen Genossen für den herzlichen Empfang, die Gastfreundschaft und die gute Organisation unserer Arbeit zu danken.

Die von uns vereinbarte Tagesordnung enthält zwei Fragen - Stand der Verhandlungen über die Rüstungsbegrenzung und Abrüstung im Vorfeld der Zweiten Sondertagung der UN-Vollversammlung und Verlauf des Madrider Treffens von Vertretern der Teilnehmerstaaten der gesamteuropäischen Konferenz.

Die Auswahl dieser Fragen ist nicht zufällig. Es sind wichtige und aktuelle Fragen des gegenwärtigen europäischen und internationalen Lebens. Beide Fragen sind Teil eines umfangreichen und komplizierten Mosaiks internationaler Probleme. Deshalb werden wir natürlich in dieser oder jener Form auch einige andere internationale Fragen berühren, was im übrigen der Praxis des Meinungsaustausches auf den Tagungen unseres Komitees entspricht.

Betrachtet man den gegenwärtigen Stand im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Rüstungsbegrenzung und Abrüstung, so kann man diesen nicht anders als ungünstig bezeichnen. Es genügt, daran zu erinnern, daß die USA die Verhandlungen auf einigen Gebieten abgebrochen, auf anderen eingefroren oder in eine Sackgasse geführt haben. Dort, wo sie geführt werden, errichten sie ernsthafte Hindernisse. Diejenigen übrigens, die so verfahren, verheimlichen das nicht besonders. Nur nennen sie den Betrug Wahrheit, die militaristische Tätigkeit und Propaganda Sorge um den Frieden.

In unserer Kreise braucht nicht erläutert zu werden, daß das die Folge des von Washington eingeschlagenen Kurses auf Verstärkung der militärisch-politischen Konfrontation, auf Forcierung des Wettrüstens und Erlangung der militärischen Überlegenheit über die Länder des Sozialismus ist.

Die konkreten Erscheinungen dieser militaristischen Politik, so zum Beispiel das Streben, um jeden Preis neue amerikanische Kernwaffen in Westeuropa zu stationieren, der Beschluß über den Beginn der vollständigen Produktion der Neutronenwaffe, die Annahme des umfangreichsten Programms der strategischen Umrüstung, die Aufstellung abenteuerlicher Konzeptionen über die "Zulässigkeit" der Anwendung der Kernwaffen, sogar als erste, über die Annehmbarkeit eines "begrenzten Kernwaffenkrieges" in Europa, zielen zweifellos in eine Richtung, die den Anstrengungen zur Zügelung des Wettrüstens zuwiderläuft. Insgesamt ist das die aggressive Linie der Politik Washingtons.

Man muß jedoch auch noch eine andere Seite dieser Sache sehen.

Unter den gegenwärtigen Bedingungen einen solchen Kurs zu verfolgen, der die Menschheit an den Rand eines Kernwaffenkrieges bringt, selbst wenn das ein so großer Staat wie die Vereinigten Staaten tut, ist gar nicht so einfach.

Vor allem hat er in militärischer Hinsicht keine Perspektive. Wir haben bereits wiederholt erklärt, darunter auch gegenüber der Regierung der USA, daß es die Sowjetunion nicht gestatten wird, das in der Welt bestehende militärische Gleichgewicht zu verletzen. Falls es erforderlich ist, werden wir alles Notwendige tun, um die Versuche der USA, die militärische Überlegenheit zu erlangen, zunichte zu machen. Wir sind voll und ganz von unserer Kraft und unseren Möglichkeiten überzeugt.

Auch in politischer Hinsicht stößt der Konfrontationskurs auf ernsthafte Hindernisse. Wie die Fakten beweisen, wird der Einfluß der Friedenspolitik der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Bruderländer auf das Weltgeschehen nicht geringer, sondern wächst.

Ist es in diesem Zusammenhang nicht bemerkenswert, daß unser Vorschlag, eine Deklaration über die Verhütung einer nuklearen Katastrophe anzunehmen, seitens der Mehrheit der Staaten in der UNO große Unterstützung fand oder daß kein einziger Staat gegen unsere Initiative über den Verzicht auf die Stationierung von Waffen jeglicher Art im Kosmos aufgetreten ist?

Die eindrucksvolle Antikriegsbewegung, die sich gegenwärtig, insbesondere in Westeuropa, entfaltet hat - auch das ist in vieler Hinsicht ein Beispiel für den Einfluß unserer Friedenspolitik -, bringt den atlantischen Strategen das Kartenspiel durcheinander, erschwert ihnen die Verwirklichung der militaristischen Pläne, besonders in Europa.

Selbst einige Verbündete der USA sind, nach all dem zu urteilen, über die Geradlinigkeit des Konfrontationskurses Reagans beunruhigt.

Besonders bezeichnend waren in diesem Sinne die Gespräche, die vor einigen Tagen zwischen L. I. Breshnew und dem Kanzler der BRD, Schmidt, in Bonn stattfanden. Obwohl die westdeutschen führenden Repräsentanten versuchten - offensichtlich ausgehend von der Blockdisziplin -, den sogenannten "Doppelbeschluß" der NATO zu rechtfertigen, war zu spüren, daß sie die Früchte der Entspannung nicht opfern wollen.

Die Verhandlungen zeigten die Übereinstimmung der Ansichten der Sowjetunion und der BRD über die Bedeutung der Aufrechterhaltung des politischen Dialogs zwischen den Staaten unter den komplizierter gewordenen internationalen Bedingungen. In Bonn weiß man, wieviel ein solcher Dialog für die Verbesserung der internationalen Atmosphäre bedeutet, schätzt man die Kontakte mit der Sowjetunion, besonders auf höchster Ebene, sehr.

Ein großes Interesse zeigte die Führung der BRD auch in Bezug auf die Entwicklung der langfristigen Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Handels und der Wirtschaft. Am Vorabend des Besuches wurde der "Gas-Röhren"-Vertrag, das größte Energieprojekt

unseres Jahrhunderts im Rahmen Europas, unterzeichnet. Eine solche Zusammenarbeit und ein zügelloser Kurs auf Konfrontation widersprechen einander bekanntlich.

Der Besuch L. I. Breshnews in Bonn ist eine große politische Aktion im Rahmen der praktischen Verwirklichung des Friedensprogramms für die 80er Jahre.

Im allgemeinen kann man sagen, daß der militaristische Kurs der Reagan-Administration auf effektiven Widerstand, nicht nur von unserer Seite, stößt.

Die Inspiratoren dieses Kurses in der Politik der USA können bereits nicht mehr auf seine erfolgreiche Durchführung rechnen. Unter dem Einfluß dieser Schwierigkeiten bedienen sie sich gegenwärtig des Manövrierens. Ich wiederhole - des Manövrierens, einer Art Umgruppierung der Reihen. Anzeichen für eine Änderung des Wesens ihres Kurses gibt es bisher leider nicht. Davon muß man heute ausgehen.

Manche Leute möchten in der bekannten Rede Reagans zumindest eine Veränderung der Tonart zugunsten des Friedens sehen. Doch in dieser Rede wie auch in der kürzlichen Botschaft Reagans an L. I. Breshnew, treten keine neuen, geschweige denn positive Elemente zutage, die Grund zu der Annahme geben könnten, daß es in den Positionen der USA zu irgendwelchen Veränderungen zum Besseren gekommen wäre.

Nehmen wir zum Beispiel die sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen über Kernwaffenrüstungen in Europa, die, wie Sie wissen, gestern in Genf begonnen haben. An und für sich ist diese Tatsache positiv. Wir sind immer für Verhandlungen eingetreten.

Doch wir haben keine Gewißheit, daß die USA sie mit jenem Maß an Ausgewogenheit und Verantwortung führen werden, das die Wichtigkeit des Problems verlangt.

Sie werden wohl mehr daran interessiert sein, ihre Raketen in Westeuropa zu stationieren, als eine ausgewogene Vereinbarung zu erzielen. Heute drängt sich eine solche Schlußfolgerung auf. Deshalb kann man nicht ausschließen, daß sie bestrebt sein werden, die Verhandlungen so lange hinzuziehen, bis der vom NATO-Block angesetzte Termin für die Stationierung der Raketen herangerückt ist.

Daß unsere Zweifel begründet sind, wurde erneut bestätigt, als Reagan in seiner Rede die Idee von der sogenannten Null-Lösung entwickelte.

Äußerlich sieht der Vorschlag der Amerikaner gleichsam wohlgefällig aus: Mag es, so sagen sie, in Europa weder amerikanische noch sowjetische Mittelstreckenraketen geben. Nur wird hierbei verschwiegen, daß es in Europa und in den angrenzenden Meeren schon lange hunderte Kernwaffenträger - see- und landgestützte Flugzeuge und Raketen - gibt, die den USA bzw. ihren NATO-Verbündeten gehören und auf die UdSSR und ihre Verbündeten gerichtet sind.

Es wird auch verschwiegen, daß die sowjetischen Mittelstreckenwaffen in Europa nicht in der Lage sind, das Territorium der USA zu erreichen, während alle NATO-Waffen mittlerer Reichweite dem Territorium der UdSSR Schläge versetzen können.

Sollen wir also dies alles außer Acht lassen, sollen wir uns und unsere Verbündeten schutzlos lassen? Sollen wir tatsächlich einseitig abrüsten? Man muß uns offenbar sehr schlecht kennen, um so etwas vorzuschlagen.

Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten schlagen wir vor, auf ehrlicher Grundlage, nach dem Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit zu verhandeln. Im Rahmen dieses Prinzips sind wir bereit, nach gegenseitig annehmbaren Lösungen zu suchen. Das hat L. I. Breshnew in Bonn mit allem Nachdruck unterstrichen.

Wie Sie wissen, erklärte L. I. Breshnew in Bonn, daß die Sowjetunion, falls die USA unserem Vorschlag über ein Moratorium der Stationierung neuer und der Modernisierung bereits vorhandener Kernwaffen mittlerer Reichweite in Europa zustimmen, einseitig die Reduzierung eines gewissen Teils ihrer Kernwaffen mittlerer Reichweite, die in den europäischen Regionen unseres Landes stationiert sind, vornehmen könnte. Einen solchen Beschluß zu fassen, fiel uns nicht leicht. Dies ist eine Art Vorleistung unsererseits. Doch wir haben einen solchen Schritt getan, um den Verhandlungen einen guten Start zu geben.

Was die Reduzierung der Mittelstreckenwaffen als Ziel der Verhandlungen betrifft, so stellen wir uns diese in großen Maßstäben vor, bis zu Hunderten von Einheiten. Solche Reduzierungen könnte man, so glauben wir, etappenweise durchführen. Hierbei könnte man diese Etappen selbst so ausgewogen gestalten, daß keiner Seite Schaden zugefügt wird.

Wir werden darauf bestehen, daß in gehöriger Weise das Vorhandensein englischer und französischer Kernwaffenpotentiale berücksichtigt wird. Wir werden nicht unbedingt deren Reduzierung anstreben. Für uns ist das Gesamtergebnis, der Gesamtausgleich wichtig. Und dieses Gesamtergebnis muß sich auf die Einhaltung der Gleichheit in den Kernwaffenrüstungen der Seiten gründen.

Unsere Konzeption einer echten "Null-Lösung" ist Ihnen bekannt. Es ist offenbar kaum damit zu rechnen, daß eine solche Lösung bald Realität werden kann. Aber es ist notwendig, diese Idee in unserem Arsenal zu behalten.

Das Problem der Kernwaffen mittlerer Reichweite berührt unmittelbar die Sicherheitsinteressen aller Bruderländer. Natürlich werden wir unsere Verbündeten ständig über den Verlauf der Verhandlungen informieren und Meinungen austauschen.

Offenbar werden auch die Verhandlungen über die Begrenzung und Reduzierung der strategischen Rüstungen wieder aufgenommen werden.

Die Amerikaner erklären, daß sie sie etwa im Frühjahr kommenden Jahres beginnen können. Wir werden sehen, ob sie ihr Wort halten. Oft gilt dieses Wort nicht allzu viel.

Wenn die USA echtes Interesse zeigen, so glaubt man, wird es möglich sein, eine gegenseitig annehmbare Übereinkunft zu erzielen. Doch von einem echten Interesse ist nichts zu sehen. Dazu ist es notwendig, daß sich Washington auch in diesen Verhandlungen an das Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit hält, daß es alle Faktoren berücksichtigt, die die strategische Situation bestimmen.

Auch gibt es bisher keine klaren Anzeichen dafür, daß die Amerikaner die Verhandlungen über andere Richtungen der Einstellung des Wettrüstens wieder aufnehmen oder aktivieren wollen. Reagan erklärte allerdings, daß die USA bereit seien, Maßnahmen "zur Erzielung einer Parität der konventionellen Streitkräfte in Europa auf niedrigerem Niveau" zu ergreifen. Wenn dahinter irgend etwas Konkretes steht, hat man wohl das Recht zu fragen, warum die USA nicht unseren Initiativen, zum Beispiel in den Wiener Verhandlungen, entgegenkommen.

Bisher sieht es so aus, daß es den Amerikanern mehr zusagt, wenn alle Fragen dieser Art weiterhin auf Eis gelegt werden.

Um so wichtiger ist es, daß unsere Länder auf allen entsprechenden internationalen Foren - in der UNO, im Genfer Abrüstungsausschuß sowie in den bilateralen Kontakten mit den unterschiedlichsten Staaten - entschieden auf der Wiederaufnahme der unterbrochenen und auf der Intensivierung der augenblicklichen Verhandlungen über die Begrenzung der Rüstungen und über Abrüstung bestehen. Es ist natürlich notwendig, die schnellstmögliche Eröffnung von Verhandlungen auch zu jenen von uns aufgeworfenen Fragen auf diesem Gebiet zu verlangen, über die früher nicht verhandelt wurde.

Seinerzeit griffen unsere Länder richtig eine in der internationalen Politik zutage getretene Tendenz auf, indem sie die Idee der Schaffung von kernwaffenfreien Zonen entwickelten. Wir erwiesen und erweisen weiterhin der Schaffung kernwaffenfreier Zonen - sei es im Norden Europas, auf dem Balkan, in Afrika, im Nahen Osten oder in anderen Regionen der Welt - die aktivste Unterstützung. Konstruktiv ist in diesem Zusammenhang der Vorschlag der bulgarischen Freunde zur Frage der kernwaffenfreien Zone auf dem Balkan.

Alle Fragen der Zügelung des Wettrüstens und der Abrüstung werden in dieser oder jener Form auf der bevorstehenden Zweiten Sondertagung der UN-Vollversammlung zur Debatte stehen.

Unsere aktive Linie in den Genfer Verhandlungen, die auf der diesjährigen Tagung der Vollversammlung gebilligten Initiativen der Bruderländer und alle konkreten Schritte unserer Gemeinschaft zur Einstellung des Wettrüstens schaffen günstige Voraussetzungen dafür, daß die Arbeit der Sondertagung der weiteren Mobilisierung der friedliebenden Staaten und aller Kriegsgegner zu energischeren Aktionen für Frieden und Abrüstung dient.

Wir müssen uns natürlich gebührend vorbereiten. Es wird offensichtlich nützlich sein, wenn wir uns zu irgendeinem Zeitpunkt vor der Tagung über die Ergebnisse der von jedem Bruderland getroffenen Vorbereitungen austauschen und uns evtl. zusätzlich über die gemeinsame praktische Linie beraten. Eine solche kollektive Arbeit kann entweder auf der nächsten Tagung des Komitees der Minister für Auswärtige Angelegenheiten oder auf einem Treffen der stellvertretenden Minister erfolgen.

Jetzt gehe ich zur Frage des Madriider Treffens über. Bereits jetzt kann man sagen, daß sich unsere feste und zugleich elastische abgestimmte Position bewährt.

Obwohl die Vereinigten Staaten von Anfang an das Madriider Treffen jeglichen konstruktiven Inhalts berauben und es in ein rein polemisches Forum verwandeln wollten, ist ihnen das nicht gelungen.

In Madrid wurde bereits nicht wenig getan. Es zeichnen sich die Konturen eines inhaltsreichen Schlußdokumentes ab, wenn natürlich alle Teilnehmer des Forums das wollen.

Jedoch hat sich der Widerstand seitens der USA und einiger ihrer Verbündeten gegen die Erreichung einer ehrlichen gleichberechtigten Vereinbarung in der letzten Zeit sogar verstärkt.

Vor allem bleibt das Haupthindernis nicht beseitigt - immer noch ist der Geltungsbereich künftiger vertrauensbildender Maßnahmen nicht festgelegt. Sie wissen, daß man von uns nachdrücklich forderte, einige Aspekte unseres Vorschlages über den Bereich zu erläutern.

Es wurde als zweckmäßig erachtet, darauf auch im Verlaufe des Besuches von L. I. Breshnew in Bonn eine Antwort zu geben. Es muß natürlich um ganz Europa - Festland und Inseln - mit den angrenzenden See- und Ozeangebieten entsprechender Breite und dem Luftraum, um den an Europa grenzenden Teil des Atlantik gehen.

Wir stellen nicht die Frage des Territoriums der USA oder Kanadas. Die Grenzen der Seegebiete und des Luftraumes könnten auf der Konferenz über militärische Entspannung und Abrüstung in Europa konkretisiert werden. Das wäre von dem Inhalt der vertrauensbildenden Maßnahmen abhängig, über die eine Vereinbarung erzielt würde.

Was das Ausmaß der See- und Ozeangebiete und des Luftraumes über ihnen betrifft, so sind natürlich nicht die Küstenterritorialgewässer gemeint, wo man, wie Leonid Iljitsch bildlich zum Ausdruck brachte, mit der Angel sitzen kann, sondern der Raum, der an den Festlandteil Europas grenzt.

Wie Sie sehen ist die Position logisch und gerecht. Schmidt jedoch fand nichts Besseres, als in Beantwortung der westlichen These zu wiederholen, daß es in der Schlußakte den Begriff "See- und Ozeanräume" nicht gibt, sondern von ganz Europa die Rede ist. Eine solche Position der NATO-Länder befriedigt uns,

wie Sie verstehen werden, nicht. Sind etwa die gegen die sozialistischen Länder durchgeführten Maßnahmen in den unmittelbar an Europa grenzenden Gewässern für uns eine geringere Gefahr allein deshalb, weil das Gewässer und nicht Festland sind? Natürlich nicht.

Erschwert werden Fortschritte in Madrid auch dadurch, daß die NATO-Staaten die Versuche nicht einstellen, Beschlüsse aufzuzwingen, die in der Tat eine grobe Einmischung in die inneren Angelegenheiten unserer Länder bedeuten würden.

Jedoch wird bei all dem, wie Sie mir sicher zustimmen werden, mit jedem Tag klarer, daß es für die Vereinigten Staaten und ihre eifrigsten Verbündeten nicht leicht ist, das Madrider Treffen ohne großen politischen Schaden für sich selbst zum Scheitern zu bringen.

Wägt man alle Plus und Minus ab, dann neigen wir nicht dazu, die Perspektiven des Madrider Treffens nur in düsterem Licht zu sehen. Wir meinen, daß es dennoch zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht werden kann, und das wäre eine große Sache. Es versteht sich von selbst, daß nicht geringe Anstrengungen unternommen werden müssen.

Natürlich darf man auch eine leichtsinnige Entscheidung der führenden Vertreter des NATO-Blocks nicht ausschließen, eine positive Lösung in Madrid nicht zuzulassen. Das Wort "Garantie" muß man hier sehr vorsichtig verwenden.

Unsere Länder, unsere Delegationen in Madrid müssen auch weiterhin eng zusammenwirken, Festigkeit und Konsequenz in der Verteidigung der vom Politischen Beratenden Ausschuß in der Warschauer Deklaration im Jahre 1980 festgelegten Linie an den Tag legen.

Im Zuge des Informationsaustausches möchte ich einige Worte zur Politik Frankreichs unter der neuen Führung sagen.

Unserer Meinung nach ist in ihr eine gewisse Hinwendung zum Atlantismus festzustellen. Das zeigt sich insbesondere im Herangehen an die Fragen der Kernwaffen in Europa.

Andererseits ist eine Distanzierung vom Kurs der USA in bezug auf einige Entwicklungsländer, besonders El Salvador, offensichtlich.

Insgesamt entsteht der Eindruck, daß sich die Außenpolitik Mitterands und seiner Regierung noch nicht gefestigt hat, sich im Stadium der Formierung befindet. Dieser Prozeß kann sich offensichtlich länger hinziehen, da Kräfte an die Macht gelangt sind, die fast zwei Jahrzehnte in der Opposition waren und erst jetzt mit der ganzen Schwere der Verantwortung des Regierens konfrontiert wurden.

Unsere Haltung zu Frankreich und die Einschätzung seines Platzes in der Welt haben sich nicht geändert. Wir beabsichtigen, Taktgefühl, Geduld und zugleich Prinzipienfestigkeit an den Tag zu legen und dazu beizutragen, daß die gesunde realistische Richtung, die die französische Außenpolitik bereits seit einer Reihe von Jahren kennzeichnet, erhalten bleibt und sich wenn möglich auch weiterentwickelt, sei es auch mit neuen Akzenten und Nuancen. Uns scheint es, daß unsere Position mit der unserer Freunde übereinstimmt.

Seinen negativen Stempel drückt der Lage in Europa der beabsichtigte Beitritt Spaniens zur NATO auf. Wir haben die spanische Regierung und die Regierungen der NATO-Länder bereits gewarnt, daß die Sowjetunion, falls das erfolgen wird, gezwungen wäre, die gebührenden Schlußfolgerungen zu ziehen und die Möglichkeiten entsprechender Schritte zu erwägen. Der Ernst dieser Frage ist offenkundig, und wir sollten sie nicht aus dem Blickfeld verlieren. Diese Angelegenheit betrifft alle unsere Länder als Teilnehmer der Organisation des Warschauer Vertrages und verlangt abgestimmte Aktionen.

Im Nahen Osten bleibt die Lage nach wie vor explosiv, wobei der Brennstoff dort zunimmt. Zu den unaufhörlichen aggressiven Um-

trieben Israels gesellen sich massive militärische Demonstrationen der USA in der offenen Absicht, ihre militärische Präsenz in dieser Region zu erweitern. Dazu gehört auch die von Washington verkündete "strategische Zusammenarbeit" mit Tel Aviv.

Der augenblickliche Verlauf der Ereignisse in dieser Region gefällt offensichtlich den westeuropäischen Verbündeten der USA nicht, die einerseits versuchen, Washington zu helfen, aus den Sackgassen in seiner Nahost-Politik herauszukommen, und andererseits die Empörung der Araber über diese Politik zu besänftigen. Doch der Wunsch, sowohl dem Aggressor als auch seinen Opfern gut Freund zu sein, sowohl die Vereinbarung von Camp David als auch eine allgemeine radikale Regelung anzuerkennen, ist unerfüllbar.

Eine Schwachstelle im Widerstand der Araber gegen die Politik von Camp David bleibt die fehlende Einigkeit zwischen ihnen. Das ist eine Geißel der Araber.

Unter diesen Bedingungen gilt es auch weiterhin, die von uns vorgeschlagene Methode einer Regelung, nämlich im Rahmen einer internationalen Konferenz unter breiter Teilnahme aller interessierten Seiten, zu verteidigen, die die Möglichkeit gibt, eine gerechte und dauerhafte Lösung des Nahost-Problems zu finden. Die Idee einer solchen Konferenz hat sich bei weitem noch nicht erschöpft.

Kurz zu China. Vor nicht allzu langer Zeit schlugen wir vor, die sowjetisch-chinesischen Verhandlungen über eine Grenzregelung fortzusetzen. Eine Antwort ist bisher nicht erfolgt. Und es ist unklar, ob sie erfolgen wird. Unseres Erachtens gibt es keine Anzeichen für irgendeine Veränderung in der Außenpolitik Chinas. Diese ist nach wie vor von Großmachtchauvinismus, Expansionismus und Aggressionsgeist durchdrungen. Peking verfolgt nach wie vor eine lakaienhafte Linie gegenüber den USA und dem NATO-Block. Eine Blockbildung zwischen Washington und Peking ist offensichtlich.

Im Zusammenhang mit der in jüngster Zeit erfolgten Verstärkung des Drucks und der Provokationen der USA gegen Kuba gaben wir Washington eine harte Antwort und erinnerten daran, daß Kuba unser Freund ist.

Jetzt läßt die Spannung der Situation etwas nach, doch bis zu ihrer Normalisierung ist es noch ein weiter Weg. Hier bedarf es einer hohen Wachsamkeit und, im Kontakt mit den kubanischen Freunden handelnd, im Bedarfsfall der Bereitschaft zu entsprechendem Maßnahmen.

Wir erklären gemeinsam auf das entschiedenste, daß wir Volkspolen als sozialistischen Staat und als Teilnehmer des Warschauer Vertrages nicht beleidigen lassen. Die Position der Bruderländer ist in der Erklärung der führenden Repräsentanten der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages klar zum Ausdruck gebracht worden: "Es wurde bekräftigt, daß das sozialistische Polen, die Polnische Vereinigte Arbeiterpartei und das polnische Volk fest auf die brüderliche Solidarität und Unterstützung der Teilnehmerländer des Warschauer Vertrages zählen können". Wir verurteilen die Versuche der Länder des Westens, sich in die inneren Angelegenheiten Polens einzumischen.

Genossen! Unsere gemeinsame Pflicht ist die ständige Sorge um die Festigung der Freundschaft und allseitigen Zusammenarbeit zwischen den sozialistischen Bruderländern. Das steht immer im Brennpunkt der Aufmerksamkeit des Zentralkomitees der KPdSU, des Politbüros und L. I. Breshnews persönlich.

Der XXVI. Parteitag der KPdSU, die Parteitage der Bruderparteien und die Krimtreffen demonstrieren in überzeugender Weise die Festigkeit unserer Gemeinschaft. Viele Begegnungen werden auch auf anderen Ebenen durchgeführt. Eine besondere Rolle gebührt den Organen des Warschauer Vertrages, besonders dem PBA.

Unter den jetzt entstandenen nicht einfachen internationalen Bedingungen, da unsere Feinde geheime und offene Versuche unternehmen, die sozialistische Gemeinschaft zu entzweien und zu diesem Zweck alle Mittel - von subversiven Aktionen bis zur

Ausnutzung ökonomischer und anderer Hebel des Drucks - in Bewegung setzen, wächst die Bedeutung der Einheit und Geschlossenheit unserer Länder wie nie zuvor. Diese Einheit und Geschlossenheit müssen wir auch weiterhin mit allen Mitteln hüten und festigen.

Gestatten Sie mir abschließend, die Gewißheit zum Ausdruck zu bringen, daß diese Tagung des Komitees der Außenminister ihren Beitrag zur weiteren Vertiefung des Zusammenwirkens unserer Bruderländer in der internationalen Arena leisten wird.